

Vertrag



über Leistungen für den **Arbeitsschutz** für die Baustufe 1 des Neubaus der Krankenversorgung mit OTU Notfall & Trauma, OTU Herz & Lunge und OTU Kopf & Nerven der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) am Stadtfelddamm in Hannover.

Datum: 01.04.2026

Datei: KVBS1_761.23_VET_Arbeitsschutz_e_20260401.docx

Vergabenummer: **KVBS1_VE761.23**

Vertrag

zwischen

Hochschulmedizin Hannover Baugesellschaft mbH
Podbielskistraße 386
30659 Hannover

- nachfolgend: AG -

und

...
...
...

- nachfolgend: AN -

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Gegenstand des Vertrages	4
§ 2	Grundlagen des Vertrags	4
§ 3	Leistungen des AN.....	5
§ 4	Leistungsänderungen	6
§ 5	Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten; Pflichten der AG	7
§ 6	Termine und Fristen	7
§ 7	Vergütung	8
§ 8	Haftpflichtversicherung des AN	9
§ 9	Dokumentation und Herausgabeansprüche der Auftraggeberin.....	12
§ 10	Ergänzende Vereinbarungen	12

ENTWURF

§ 1 Gegenstand des Vertrages

Gegenstand des Vertrags sind die Leistungen den **Arbeitsschutz** für die Baustufe 1 des Neubaus der Krankenversorgung mit OTU Notfall & Trauma, OTU Herz & Lunge und Kopf & Nerven der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) am Stadtfelddamm in Hannover.

§ 2 Grundlagen des Vertrags

Grundlagen des Vertrags sind die nachgenannten Unterlagen als Vertragsbestandteile in der nachfolgend bestimmten Reihenfolge

- 2.1 Die Regelungen dieses Vertrags
- 2.2 Es gelten die Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) der AG Stand 2023 (**Anlage ...**).
- 2.3 Die Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**).
- 2.4 Hinweise zur Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**).
- 2.5 Der Rahmenterminplan in seiner jeweils gültigen Fassung (**Anlage ...**).
- 2.6 Bieterfragen- und Antwortenkatalog zum Verfahren mit der Vergabe-Nr. KVBS1_VE761.23 (**Anlage ...**).
- 2.7 Unterlagen aus dem Vergabeverfahren Vergabe-Nr. KVBS1_VE761.23 (**Anlage ...**).
- 2.8 Angebot des AN vom [...], insbesondere die Honoraraufstellung des AN (**Anlage ...**).
- 2.9 Die Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, insbesondere des Werkvertragsrechts (§§ 631ff. BGB).

Die Vertragsunterlagen sind gesamtheitlich als „sinnvolles Ganzes“ auszulegen. Widersprüche zwischen einzelnen Vertragsbestandteilen sind nach den allgemeinen Grundsätzen der Vertragsauslegung aufzulösen. Nur wenn gleichwohl noch unauflösbare Widersprüche verbleiben, bestimmt sich das Rangverhältnis nach der vorstehenden Reihenfolge. Ein Widerspruch in diesem Sinne liegt vor, wenn Anforderungen und/oder Leistungen in den Vertragsbestandteilen unterschiedlich definiert sind. Ein Widerspruch besteht dabei jedoch nicht, wenn ein nachrangiger Vertragsbestandteil einen vorrangigen Vertragsbestandteil ergänzt oder konkretisiert.

§ 3 Leistungen des AN

- 3.1 Die AG beauftragt den AN mit der Erbringung von Leistungen für den Arbeitsschutz.
- 3.2 Die vom AN zu erbringenden Leistungen setzen sich insbesondere aus den folgenden Teilbereichen zusammen:

- **Grundlagenermittlung und Einarbeitung**
- **Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen**
- **Ableiten von Maßnahmen und Empfehlungen**
- **Abstimmung und Mitwirkung im Planungsprozess**
- **Dokumentation**

Die vom AN zu erbringenden Leistungen folgen insbesondere aus der Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**).

- 3.3 Die AG überträgt dem AN mit Vertragsschluss sämtliche Leistungen gem. Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**). Im Rahmen der Auftragsausführung hat der AN alle zur ordnungsgemäßen Erbringung seiner Leistung erforderlichen Arbeiten zu erbringen, gleich ob diese im Rahmen dieses Vertrags ausdrücklich erwähnt werden. Der AN hat seiner Leistungserbringung die Anordnungen und Vorgaben der AG, insbesondere die Projektziele gem. Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**) zu Grunde zu legen und sich regelmäßig mit den weiteren Projektbeteiligten abzustimmen.

Ein Anspruch des AN auf die Beauftragung von weiteren bzw. Besonderen Leistungen / Nachweisleistungen wird durch den Abschluss des Vertrags nicht begründet.

- 3.4 Der AN hat seine Leistungen so zu erbringen, dass die Projektziele des AN gem. Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**) eingehalten werden können. Insbesondere hat der AN in seine Leistungen gem. den allgemeinen Leistungspflichten gem. Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**) zu erbringen.

- 3.5 Der AN ist verpflichtet, jegliche Bedenken oder Behinderung in Textform per E-Mail anzuzeigen. Dies gilt auch für offenkundige Bedenken oder Behinderungen. Der AN ist verpflichtet, das Ende seiner Bedenken oder Behinderung ebenfalls per E-Mail anzuzeigen. Unterlässt der AN die Anzeige, hat er nur dann einen Anspruch auf Berücksichtigung der hindernden Umstände, wenn der AG die Umstände und deren hindernde Wirkung bekannt waren.

Für den Fall, dass der AN nach dem Abschluss dieses Vertrages Widersprüche zwischen den sich aus diesem Vertrag und seinen Anlagen ergebenden Anforderungen feststellt, sog. Kollisionsfall, hat er die AG hiervon unverzüglich unter Angabe des Widerspruchs in Textform (per E-Mail) zu informieren und seinem Informationsschreiben einen Vorschlag zur Auflösung der Kollision unter bestmöglicher Beachtung der Einhaltung der Projektziele im Übrigen beizufügen.

Sollten Regelwerke in Überarbeitung sein oder Unklarheiten über die fachlich allgemein anerkannten Regeln der Technik vorliegen, die Einfluss auf die Planung und die Planungsergebnisse haben könnten, ist der AN verpflichtet, hierüber die AG unverzüglich per E-Mail zu informieren.

3.6 Der AN verpflichtet sich zur absoluten Verschwiegenheit im Verhältnis zu Dritten (auch zu sämtlichen Medien) hinsichtlich sämtlicher ihm zugänglicher Kenntnisse und Informationen über das Bauvorhaben (einschließlich der Inhalte der von der AG eingegangenen Vertragsbeziehungen).

3.7 Ein Verstoß gegen diese Verschwiegenheitspflicht ist ein wichtiger Kündigungsgrund für die AG.

3.8 Der AN verpflichtet sich, als Projektleitung für dieses Projekt einzusetzen:

[...]

Die Projektleitung muss jederzeit in der Lage sein, im Rahmen der Vertragserfüllung verbindliche Erklärungen abzugeben. Zur Abgabe von rechtsgeschäftlichen Erklärungen ist sie nicht befugt und nicht verpflichtet.

§ 4 Leistungsänderungen

4.1 Begehrt die AG gegenüber dem AN eine Änderung des vereinbarten Werkerfolgs oder eine Änderung, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs notwendig ist, ist der AN verpflichtet, der AG unverzüglich ein Angebot über die Mehr- oder Minderleistung vorzulegen; bei einer Änderung des vereinbarten Werkerfolgs jedoch nur, soweit ihm die Ausführung der Änderung zumutbar ist. Das Änderungsbegehren der AG kann sich auch auf die Art der Ausführung der Leistungen, insbesondere in zeitlicher Hinsicht, beziehen. Die Einreichung des Angebots per E-Mail ist ausreichend, soweit nicht der AG ausdrücklich etwas anderes verlangt.

4.2 Die Parteien streben Einvernehmen über die Änderung und die infolge der Änderung zu leistende Mehr- oder Mindervergütung an.

4.3 Erzielen die Parteien binnen angemessener Frist, spätestens nach 15 Kalendertagen nach Zugang des Änderungsbegehrens bei dem AN keine Einigung, kann die AG die Änderung in Textform (§ 126b BGB) anordnen. Der AN ist verpflichtet, der Anordnung der AG nachzukommen; bei einer Änderung des vereinbarten Werklohns aber nur, soweit ihm die Ausführung zumutbar ist.

4.4 Der AG steht ein Anordnungsrecht ohne Einhaltung einer Frist zu, soweit

- der AN ein Angebot nebst Projektänderungsanzeige nach 4.1 nicht vorgelegt hat oder
- nach Vorlage des Angebots eine Einigung nach 4.2 endgültig gescheitert ist oder

- die Ausführung der Änderung vor Ablauf der Verhandlungsfrist unter Abwägung der beiderseitigen Interessen dem AN zumutbar ist. Die Ausführung vor Ablauf der Verhandlungsfrist ist dem AN in der Regel zumutbar, soweit ohne eine sofortige Anordnung einer notwendigen Änderung zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolges die Bau-, Planungs- oder Projektabläufe nicht nur unwesentlich beeinträchtigt werden, insbesondere Gefahr im Verzug.

4.5 Macht der AN betriebsinterne Vorgänge für die Unzumutbarkeit der Änderung oder der Ausführung geltend, trifft ihn dafür die Beweislast.

§ 5 Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten; Pflichten der AG

5.1 Die AG wird grundsätzlich vertreten von

Sascha Zenker
Stefan Radestock
[...]

Die vertretungsberechtigten Personen werden dem AN bei Veränderungen in Textform (per E-Mail) bekannt gegeben. Nur diese sind berechtigt, dem AN verbindliche Weisungen zu erteilen. Forderungen, die von anderer Seite an den AN gestellt werden, sind nur zu berücksichtigen, wenn die AG schriftlich zustimmt.

5.2 Soweit die AG weitere Leistungen an Dritte (nachfolgend: **Projektbeteiligte**) beauftragt, die Schnittstellen zur Leistung des AN aufweisen, sind diese vom AN innerhalb seines Leistungsbereichs zu koordinieren und mit seinen Leistungen abzustimmen. Hierzu zählen insbesondere die Leistungen zur Erstellung eines Betriebsorganisationskonzepts, eines Raum- und Funktionsprogramms, eines Logistikkonzepts, eines Bedarfskonzept für Nachhaltigkeit und Klimaschutz, eines Konzepts für Verkehr und Erschließung sowie der Kostenermittlung. Dem AN ist bewusst, dass das Gelingen des geschuldeten Werks einer intensiven Kooperation und Zusammenarbeit bedarf. Hierzu ist der AN verpflichtet.

5.3 Der AN ist verpflichtet, auf Einladung oder Anordnung der AG an projektbezogenen Besprechungen bei der AG, auf der Baustelle, bei Behörden und/oder Nutzern der Baumaßnahme und/oder an Verhandlungen mit Behörden und/oder Nutzern teilzunehmen. Die Pflichten des AN zum Besprechungswesen folgen im Übrigen aus der Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**). Auf Verlangen der AG hat der AN durchgeführte Besprechungen zu protokollieren.

5.4 Der AN hat bei der Einteilung der Arbeiten, die gleichzeitig oder nacheinander durchgeführt werden, und bei der Bemessung der Ausführungszeiten für diese Arbeiten die Allgemeinen Grundsätze nach § 4 Ziff. 1 bis 5 des Arbeitsschutzgesetzes zu berücksichtigen.

§ 6 Termine und Fristen

- 6.1 Der AN hat seine Leistungen so rechtzeitig zu erbringen, zu fördern und zu vollenden, dass der geplante Projektablauf nicht gefährdet wird.

Der AN hat die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**) ggf. benannten Termine/Meilensteine als verbindliche Vertragstermine einzuhalten.

- 6.2 Kann der termingerechte Arbeitsablauf nicht eingehalten werden, hat der AN dies mit Nennung der Gründe der Auftraggeberin schriftlich unverzüglich mitzuteilen.

§ 7 Vergütung

- 7.1 Der AN erhält als Honorar für die nach diesem Vertrag zu erbringenden (Teil-)Leistungen die aus dem Angebot des AN, insbesondere aus der Honoraraufstellung des AN (**Anlage ...**) folgenden (Teil-)pauschalen.

- 7.2 Der AN kann die angebotenen Teilpauschalen nur verlangen, sofern und soweit er die hiervon umfassten, abgerufenen Leistungen tatsächlich erbracht hat.

- 7.3 Mit den vom AN gem. Angebot des AN, insb. gem. Honoraraufstellung des AN (**Anlage ...**) angebotenen Pauschalhonorar sind sämtliche nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen abgegolten, sofern die Vergütung nach diesem Vertrag und seinen Anlagen nicht auf gesonderten Nachweis erfolgt.

- 7.4 Soweit über die in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen hinaus weitere Leistungen erforderlich werden oder ordnet die AG über mit dem Vertrag geschuldete Leistungen hinaus weitere Leistungen an, die im Verhältnis zu den beauftragten Leistungen einen nicht unwesentlichen Arbeits- und Zeitaufwand erfordern, so werden diese zusätzlich vergütet, wenn der AN die AG zuvor per E-Mail auf diesen Umstand hingewiesen hat und die AG zugestimmt hat. Wird als Vergütung ein Zeithonorar vereinbart, so ist dies auf der Grundlage der Stundensätze durch Vorausschätzung des Zeitbedarfs pauschal zu berechnen. Ist eine Vorausschätzung des Zeitbedarfs nicht möglich, so ist das Honorar nach dem nachgewiesenen Zeitaufwand auf der Grundlage der Stundensätze zu berechnen.

Die Stundensätze für Nachweisleistungen folgen aus dem Angebot des AN, insbesondere aus der Honoraraufstellung des AN (**Anlage ...**).

- 7.5 Begehrt die AG geänderte Leistungen im Sinne von § 4 oder ordnet die AG solche an, erfolgt die Anpassung der Vergütung nach folgenden Grundsätzen:

- 7.5.1 Für die Anpassung der Vergütung ist § 650c Abs. 1 und Abs. 2 BGB entsprechend anzuwenden.

- 7.5.2 Stimmt die AG alternativ schriftlich einer aufwandsbezogenen Abrechnung zu und erfordern die zu ändernden und geänderten Leistungen im Verhältnis zu den beauftragten Leistungen einen erhöhten Aufwand, erhält der AN ein zusätzliches Honorar unter Zugrundelegung der vorgenannten vereinbarten Stundensätze. § 7.4 gilt entsprechend. Wurden Stundensätze nicht festgelegt, legen die Parteien die Stundensätze für die zu ändernden oder geänderten Leistungen einvernehmlich fest.

7.5.3 Der AN ist verpflichtet, die AG vor der Ausführung von Leistungen in Textform (per E-Mail) darauf hinzuweisen, dass es sich seiner Meinung nach um zusätzlich zu honorierende Leistungen nach dieser Vorschrift handelt, den voraussichtlichen Zeitaufwand zu benennen und die Entscheidung der AG über die Anordnung entsprechender Leistungen abzuwarten. Soweit der Zeitaufwand hinreichend abschätzbar ist, hat der AN der AG auf deren Verlangen ein Pauschalhonorar anzubieten.

7.6 Die Parteien vereinbaren, dass sämtliche Nebenkosten mit den vom AN angebotenen Pauschalhonorar (**Anlage ...**) abgegolten sind. Sofern über die im Honorarblatt angegebene Anzahl an Präsenztermine weitere Präsenztermine erforderlich werden, werden diese auf Nachweis zu den im Honorarformblatt angegebenen Preisen vergütet.

7.7 Die Umsatzsteuer ist gesondert auszuweisen.

§ 8 Haftpflichtversicherung des AN

8.1 Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung des AN müssen mindestens betragen:

- für Personenschäden EUR 2 Mio.
- für sonstige Vermögensschäden EUR 2 Mio.

Alle Summen sind zweifach maximiert pro Jahr.

8.2 Im Falle eines Schadens verzichtet die AG auf eine Honorarzurückbehaltung, sofern der AG die Schadensübernahmeerklärung der Haftpflichtversicherung vorliegt.

8.3 Seitens der AG ist derzeit geplant, eine Multi-Risk-Versicherung abzuschließen. Diese soll sodann die Risiken des AN abdecken und eine eigene Haftpflichtversicherung des AN erübrigen. Nach dem derzeitigen Stand wird diese Versicherung allerdings nicht vor Abschluss der Leistungsphase 3 erfolgen. Die Versicherung enthält eine Rückwärtsdeckung die voraussichtlich auf die bis zum Abschluss der Multi-Risk-Versicherung nicht bekannte Mängel bzw. Schäden beschränkt ist.

8.4 Für den Fall, dass die AG eine Multi-Risk-Versicherung abschließt gelten die nachstehenden Bedingungen:

8.4.1 Der Auftraggeber schließt zur Vermeidung versicherungstechnischer Abgrenzungsschwierigkeiten eine projektbezogene kombinierte Bauleistungs- und Haftpflichtversicherung (nachstehend "Projektversicherung" genannt) ab, über die alle im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben stehenden Lieferungen und Leistungen sowie alle daran beteiligten Unternehmen und Personen versichert sind.

Diese Projektversicherung umfasst die Sparten:

- Bauleistungs-/Montageversicherung,
- Betriebs-Haftpflichtversicherung
(inkl. Bauherren- sowie Haus- und Grundbesitzerhaftpflichtversicherung);

- Umwelt-Haftpflichtversicherung;
- Umweltschadensversicherung;
- Planungs-Haftpflichtversicherung;
- Erweiterte Planungsdeckung

8.4.2 Der Versicherungsschutz der Projektversicherung entspricht mindestens den einschlägigen deutschen Musterbedingungen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., basierend auf den Allgemeinen Bedingungen für die Bauleistungs-/Montageversicherung (ABN 2011, AMoB 2011) sowie den Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung (AHB Stand: Februar 2016). Diese Bedingungen werden durch das spezielle Vertragswerk des vom Auftraggeber beauftragten Versicherungsmaklers erweitert. Dieser ist ebenfalls mit der anschließenden Vertragsbetreuung und dem Schadenmanagement betraut.

8.4.3 Parameter zum Versicherungsschutz:

Die Deckungssumme zur Betriebs- und Umwelt-Haftpflichtversicherung, der Umweltschadensversicherung sowie Personenschäden zur Planungshaftpflicht beträgt:

25 Mio. EUR, 2-fach max. pauschal
für Personen-, Sach- und Vermögensschäden

Die Deckungssumme zur Planungs-Haftpflichtversicherung (Verstöße aus Architekten- und Ingenieurleistungen) beträgt:

10 Mio. EUR, 2-fach max. pauschal
für sonstige Schäden

Im Anschluss an die Betriebs- und Umwelt-Haftpflichtversicherung, der Umweltschadensversicherung sowie Planungshaftpflichtversicherung (Grundvertrag) besteht eine Bau-Haftpflicht-Exzedentenversicherung.

Die Deckungssumme zur Betriebs- und Umwelt-Haftpflichtversicherung, der Umweltschadensversicherung sowie Personenschäden zur Planungshaftpflicht beträgt:

25 Mio. EUR, X-fach max. pauschal
für Personen-, Sach- und Vermögensschäden

Die Deckungssumme zur Planungshaftpflichtversicherung beträgt:

15 Mio. EUR, 2-fach max. pauschal
für sonstige Schäden

8.4.4 Es ist beabsichtigt die Selbstbehalt Struktur wie folgt umzusetzen:

- 10.000 EUR zur Bauleistungs-/Montageversicherung
- 10.000 EUR zur Betriebs- und Umwelt-Haftpflichtversicherung sowie Umwelt-Schadensversicherung
- 10.000 EUR zur Planungs-Haftpflichtversicherung

- Bei Personenschäden kommt kein Selbstbehalt zum Abzug

Hierzu läuft parallel noch eine EU-Ausschreibung, weshalb bei Vertragsschluss noch keine finale Aussage zu den Selbsthalten getroffen werden kann.

- 8.4.5 Die Projektversicherung ist zeitlich begrenzt bis zur Gesamtfertigstellung des Bauvorhabens, jedoch längstens bis zum Ablauf der vertraglich vereinbarten Versicherungsdauer.
- 8.4.6 Diese Projektversicherung ist grundsätzlich vorleistungspflichtig, d. h. sie geht eventuell bestehenden eigenen Versicherungsverträgen des Auftragnehmers unter Berücksichtigung der vorgenannten Selbstbehalte vor.
- 8.4.7 Weitere Einzelheiten zum Versicherungsschutz können der Leistungsübersicht entnommen werden.
- 8.4.8 Durch den Abschluss der Projektversicherung werden die vertraglichen Regelungen zwischen den am Bauvorhaben Beteiligten nicht berührt, insbesondere werden die Bedingungen der Bestellung weder ganz noch teilweise aufgehoben. Das gilt auch hinsichtlich der Haftung für Schäden, die durch die Projektversicherung nicht gedeckt sind oder für die der Versicherer aus irgendwelchen Gründen nicht haftet (z. B. Schäden unterhalb des vereinbarten Selbstbehalts).
- 8.4.9 Die endgültigen Kosten für die Projektversicherung ergeben sich aus einem noch separat anzustellenden Vergabeverfahren und werden anteilig auf den Auftragnehmer umgelegt. Die Höhe der Umlage von max. **0,84 %** zzgl. aktuell gültiger Versicherungssteuer wird von der Bruttoauftragssumme der Abschlags- und Schlussrechnungen abgezogen. Der finale Umlagesatz ergibt sich aus dem Ergebnis der Ausschreibung zur Versicherungsleistung.
- Die Versicherungsprämie einschließlich der jeweils gültigen Versicherungssteuer wird durch den Auftraggeber vorab entrichtet. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Prämien für weitere Versicherungen, deren Deckung dieser vom Auftraggeber beigestellten Deckung entspricht (Doppelversicherung), nicht vergütet werden. Der Auftragnehmer versichert, dass Prämien für derartige Versicherungen in seinem Angebot nicht einkalkuliert sind.
- Sofern dem Auftraggeber Mehrkosten bezüglich der Versicherungsprämien für die vorgenannte Projektversicherung bei Überschreitung des Fertigstellungstermins im Fall eines Verzuges des Auftragnehmers entstehen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die dem Auftraggeber entstehenden Mehrkosten zu erstatten.
- 8.4.10 Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer und allen Mitversicherten eine Versicherungsbestätigung für die Mitversicherung im Rahmen einer solchen kombinierten Projektversicherung zur Verfügung. Insoweit entfällt die Nachweispflicht einer Haftpflichtversicherung seitens des Auftragnehmers.

- 8.5 Vor vorstehendem Hintergrund hat der AN bei Abgabe seines Angebotes vom einen etwaig von ihm vorgesehenen Anteil an dem von ihm begehrten Honorar, welcher zur Deckung der Verpflichtungen vorgesehen ist, gesondert auszuweisen und i.S. eines Open-Books nachzuweisen.
- 8.6 Wird durch die AG eine Multi-Risk-Versicherung abgeschlossen, entfällt im Gegenzug für die Deckung der Risiken des AN durch die Multi-Risk-Versicherung ein Anteil des Honorars des AN, welcher dem vom AN in seinem Angebot vom [...] (**Anlage ...**) angegebenen Anteil entspricht.
- 8.7 Die zur Deckung der für die Multi-Risk-Versicherung anfallenden Kosten legt die AG auf die Mitversicherten und folglich auf den AN um. Für den Fall des Abschlusses der Kombi-Versicherung obliegt dem AN die Prüfung, ob der Versicherungsschutz seine Risiken hinreichend abdeckt. Alle Kosten, die dem AN durch die Mitwirkung bei etwaigen eigenen Schadensabwicklungen entstehen, sind mit dem angebotenen Honorar bereits abgegolten.
- 8.8 Der anteilige Versicherungsbetrag des AN einschließlich anteiliger Verwaltungskosten der AG zu Abwicklung der in diesem Zusammenhang anfallenden Kosten ergeben sich aus einem noch separat zu vergebenden Auftrag und wird voraussichtlich i. H. v. 0,84 % der Netto-Schlussrechnungssumme zzgl. 19 % Versicherungssteuer des AN einbehalten.

§ 9 Dokumentation und Herausgabeansprüche der Auftraggeberin

- 9.1 Der AN verpflichtet sich, sich an dem Dokumentationssystem/Projektkommunikationssystem der AG gem. Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**) umfassend zu beteiligen.
- 9.2 Der AN hat dem Bauherrn alle zur Erfüllung des Vertrages gefertigten und beschafften Unterlagen (Pläne, Zeichnungen, Dokumentationen etc.) jederzeit auf schriftliche Anforderung auszuhändigen. Der AN ist verpflichtet, sie sowohl auf weiterverarbeitungsfähigen Datenträgern als auch als Ausdruck zu übergeben.
- 9.3 Der AN ist verpflichtet, seine Unterlagen mind. 10 Jahre nach der letzten von ihm erbrachten Leistung aufzubewahren. Bevor er diese vernichtet, hat er sie dem Bauherrn kostenlos anzubieten.

§ 10 Regelung zur Bauhandwerkersicherheit gem. § 650f BGB

- 10.1 Für den Fall, dass die Voraussetzungen des § 650f BGB vorliegen legen die Parteien fest:
- 10.1.1. Für die Bauhandwerkersicherung gilt § 650f BGB uneingeschränkt; insbesondere hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber nach Maßgabe von § 650 f Abs. 3 BGB die üblichen Kosten der Sicherheitsleistung bis zu einem Höchstsatz von 2 Prozent für das Jahr zu erstatten.
- 10.1.2. Der Auftraggeber erklärt, dass er zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Vertrages nicht in der Lage ist und auch für die Dauer des Vertrages voraussichtlich nicht in der Lage

sein wird, Sicherheit in der Weise des § 232 Abs. 1 BGB zu leisten (also z.B. durch die Hinterlegung von Geld oder Wertpapieren oder durch die Bestellung von Hypotheken an inländischen Grundstücken). Der Auftragnehmer nimmt dies zur Kenntnis.

- 10.1.3. Falls die Voraussetzungen für eine Bauhandwerkersicherung vorliegen und der Auftragnehmer eine Sicherheit nach § 650f Abs. 1 BGB verlangt, wird der Auftraggeber die Sicherheit daher voraussichtlich durch eine Bürgschaft des Landes leisten. Der Auftragnehmer ist hiermit einverstanden. Der vorstehende Hinweis zur voraussichtlichen Sicherheitsleistung dient lediglich dem Informationsinteresse des Auftragnehmers.

§ 11 Ergänzende Vereinbarungen

- 11.1 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.
- 11.2 Die Vertragssprache ist deutsch.
- 11.3 Gerichtsstand ist Hannover.
- 11.4 Wesentliche Änderungen in den Beteiligungsverhältnissen am Unternehmen des AN hat dieser der AG unverzüglich und schriftlich mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht auch, wenn die wesentliche Änderung gesetzlichen Publizitätserfordernissen (Registereintragungspflicht) unterliegt, wie z. B. bei einer Verschmelzung mit einer anderen Gesellschaft.
- 11.5 Änderungen und/oder Ergänzungen sowie die vollständige oder teilweise Aufhebung dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Änderung, Ergänzung und/oder Aufhebung des Schriftformerfordernisses selbst. Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag wurden nicht getroffen.
- 11.6 Werden Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam, so wird die Gültigkeit dieses Vertrages im Übrigen nicht berührt.
- 11.7 Die Vertragsparteien verpflichten sich, die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame, wirtschaftlich gleichwertige zu ersetzen.
- 11.8 Der AN nimmt billigend zur Kenntnis, dass die AG das Speichern personenbezogener Daten des AN im Rahmen der Zweckbestimmung dieses Vertrages vornehmen wird (§ 28 Bundesdatenschutzgesetz [BDSG]). Er nimmt weiter billigend zur Kenntnis, dass die AG sich das Recht der Datenübermittlung im Rahmen des § 29 BDSG vorbehält. Zwischen AG und AN besteht Einverständnis darüber, dass mit dieser Bestimmung den Anforderungen des § 33 BDSG genüge getan ist. Der AN übernimmt es, seine Mitarbeiter und etwaige Nachunternehmer entsprechend zu benachrichtigen und seinen Nachunternehmern die Verpflichtung aufzuerlegen, ihre Mitarbeiter entsprechend zu informieren

Hannover,

Auftraggeberin

Auftragnehmer

ENTWURF